

Der Kulturherbst anlässlich des 250. Jahrestages von Schubarts Geislinger Zeit war ein besonderes Highlight in diesem Jahr. Bedanken möchten wir uns deshalb bei den Organisatoren und den Mitwirkenden mit einem Zitat des Dichters:

"Wie oft sah ich vom Öden Turme mit dem Sehrohr hinab ins blühende Tal, von Menschen und Herden bewimmelt, und teilte meiner Gattin, die sich auf meinen Schultern lehnte, die süßen Gefühle, so jung und leicht beschwingt, sie aus meiner Brust stiegen."

Zu diesem „Bewimmel“ müssen wir uns jedes Jahr eine umfangreiche Stellungnahme einfallen lassen und sie an dieser Stelle vortragen. Die nackten Zahlen im Haushaltsplanentwurf bilden dies nur wenig ab, nichts desto trotz spiegeln sie auch das rege Leben in dieser Stadt wieder. OB Amann ist in seiner relativ kurzen Stellungnahme auch auf den Heimatbegriff eingegangen. Wir möchten diesmal am Anfang unserer Stellungnahme auf das „Gewimmel“ eingehen, auf das vielfältige Engagement in unserer Stadt, auf das, die Stadt tragende Fundament.

„Nicht nur die Summe aller menschlichen und sozialen Erfahrungen schafft diese emotionale Beziehung sondern durchaus auch die Stadt, ihre Gebäude“, so zitierte OB Amann Wolfgang Binder. Entscheidend für das individuelle Wohlfühlen ist vor allem das eingebunden sein in die Gemeinschaft, in das „Wir sind alle Geislingen“. Das schafft Toleranz und Vertrauen.

Deshalb können wir nicht genug betonen, welchen Schatz wir in dem von allen Seiten gelobten „Netzwerk“ Geislingen haben. Besonders augenfällig wurde dies beim Abschlussfest des Projekts „Toleranz fördern – Vielfalt gestalten“ im vergangenen November in der Ratsche. Hier spiegelte sich das bunte Geislingen in vielfältigen Nuancen als gesellschaftliches Kaleidoskop wieder. Mehr als 50 Projekte wurden durchgeführt. 360 000 € in vier Jahren flossen bzw. fließen noch über das Bundesprogramm nach Geislingen. Hohen Einsatz zeigte dabei der Fachbereich 5.

Viele Kooperationen zwischen verschiedenen Vereinen, Migranten und Nichtmigranten, zwischen Vereinen und Stadtverwaltung wurden im Sinne von Toleranz, Integration, kultureller Identität und Inklusion gestaltet und neue Kooperationen angebahnt. Hier gilt unser Dank den Organisatoren und Hauptamtlichen, aber auch den ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern im Begleitausschuss. Aber auch die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen, zwischen Vereinen und Schulen - hier sei die seit über 30 Jahren bestehende Hausaufgabenhilfe des Kinderschutzbundes erwähnt - , die Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Schulen, zwischen kulturellen Einrichtungen der Stadt wie JMS, VHS, Stadtbücherei, Heimatmuseum und Ehrenamtlichen des BE und Fördervereinen,

tragen mit zu diesem bunten „Bewimmel“ bei. Auch viele aus der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat sind daran beteiligt.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist jedoch auch die Frage, wie diese engagierten Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden. Auch aus diesem Grunde begrüßen wir das neulich beschlossene Anhörungsrecht für den Integrationsrat. Es ist zwar kein Antragsrecht, aber ein Schritt in die richtige Richtung. So ähnlich wie bei der Einführung der Doppelten Staatsbürgerschaft. Revolutionäre Geduld ist gefragt. Anerkennend erwähnen möchten wir auch die Zusammenarbeit zwischen dem Jubilar Stadt seniorenrat und dem Stadtbauamt bezüglich des barrierefreien Wohnens und neuer Wohnformen. Der jetzt schon dritte Bürgerrat präsentierte dieses Jahr seine Ergebnisse zum Thema „Was brauchen Sie, damit Sie sich in Geislingen wohlfühlen?“.

Anfrage hierzu: Wie fließen die Ergebnisse des Bürgerrates in nachhaltige Entwicklungsprozesse ein?

Zwei weitere Projekte, die uns noch wichtig sind und ohne ehrenamtliches Engagement nicht möglich wären, möchte ich erwähnen. Zum einen beteiligt sich die Stadt Geislingen am landesweiten Projekt „Bewegte Kommune“ der Kinderturnstiftung Baden-Württemberg. Daran beteiligt haben sich die TG Geislingen und der TVA von Vereinsseite, verschiedene Kindertageseinrichtungen und die Geislinger Grundschulen. 400 Kinder in Vorschule und Grundschule wurden von geschulten Sportlehrern und Trainern in den Bereichen sportliche und körperliche Entwicklung getestet. Vor einer Woche wurden die Ergebnisse den Teilnehmern vorgestellt. Im neuen Jahr soll dann ein Lenkungsausschuss daraus Schlussfolgerungen ziehen und Handlungsempfehlungen beschließen. Wir sind gespannt darauf. Mitten in der Planung steckt das gemeinsame Projekt „Markt der Chancen“ des **bürgerschaftlichen Engagements** und des **Integrationsrates**, das voraussichtlich im Frühjahr starten wird. Die Idee dahinter: Vereine stellen ihre Arbeit dar, andere Vereine und Bürger können sich informieren, Kontakt aufnehmen und kooperieren - eine gute Idee.

So ein Netzwerk ist unbezahlbar und muss von unserer Seite aus gepflegt werden. Wir dürfen hier nicht vergessen: ohne finanzielle Unterstützung, und das bedeutet auch hauptamtliche Unterstützung aus der Verwaltung, wäre so ein umfassendes Netzwerk nicht möglich.

Deshalb hier noch ein Einschub zu unseren Städtepartnerschaften. Anlässlich unseres Zusammenkommens mit der Delegation aus Montceau-les-Mines zur gelungenen Feier der 20-jährigen Partnerschaft traf sich auch der „gemeinsame Partnerschaftsausschuss“ und beriet über die Zukunft der Partnerschaft.

Wir beantragen die Ergebnisse im Gemeinderat zu beraten und die eingestellte Summe im Haushalt um 2000 € auf 4000 € zu erhöhen.

Einzelplan 9 - Da wo die Musik spielt

Deshalb sind wir auch schon da wo die Musik spielt, im **Einzelplan 9**. Für Geislinger Verhältnisse sind die tatsächlichen Steuereinnahmen der letzten zwei Jahre und, wenn es so eintrifft, wie von den Steuerexperten geschätzt, die geplanten Einnahmen für das kommende Jahr, gute Jahre. 14,5 Mio in 2012, 12,5 Mio in 2013 – weit über dem Planansatz - und prognostiziert 2014 11,1 Mio allein bei der Gewerbesteuer. Solche Einnahmen gab es für Geislingen wohl nur während der Inflation in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts. Sicherlich sind hier die generelle Wirtschaftsentwicklung, die verstärkten Betriebsprüfungen – sprich Nachzahlungen - und die Entwicklung der Fabrikverkäufe bei der WMF verantwortlich und nicht der Kämmerer, der sich verrechnet habe.

Allerdings muss man einschränken: Die Einnahmen sind für eine Stadt in der Größe von Geislingen, wie die jährliche Analyse der IHK Region Stuttgart wieder aufzeigt, immer noch stark unterdurchschnittlich. Bei der Gewerbesteuer belegen wir Platz 22 von 26 Städten in der Region. Noch eklatanter ist die Situation beim Einkommensteueranteil pro Einwohner. Hier sind wir stolze Besitzerin der Roten Laterne. Arme Bevölkerung – arme Stadt.

Anfrage: Wann kommt der nächste Sozialbericht?

Die Entwicklung des Steueraufkommens der folgenden Jahre ab 2015 ist realistischer Weise noch nicht genau einschätzbar. Aber auch hier sind relativ hohe Einnahmen vorausgesagt. Irgendwann – und manche Börsenexperten sehen schon Anzeichen dafür am Horizont – wird einerseits die Konjunktur wieder stagnieren. Andererseits, da sind wir einer Meinung mit Bernd Pawlak, dürfen wir wohl nicht glauben, dass eine Schuldenbremse in Bund und Land spurlos an uns vorbeigehen wird. Eine weitere Unsicherheit: In welche Richtung entwickelt sich die WMF unter dem neuen Eigentümer. Da hört man durchaus Widersprüchliches.

Deshalb fragen wir nach: Haben wir einen Plan B, für den Fall, dass die Entwicklung schlechter wird als prognostiziert. Die großen Investitionsbrocken können nicht einfach gestoppt werden.

Einen Hinweis des Kämmerers möchten wir unterstreichen. Die Investitionen der nächsten Jahre bringen uns an den Rand des Machbaren, des Finanzierbaren. Jegliche Einsparmöglichkeit bei den Baumaßnahmen ist auszuschöpfen.

Positive Impulse aus dem Koalitionsvertrag: Wenn wir die Entlastung für die Kommunen in Höhe von 5 Mrd. € bei der Eingliederungshilfe für Behinderte umrechnen macht das für Geislingen, legt man die Einwohnerzahl zu Grunde, immerhin 1 600 000 €. Ich weiß natürlich, dass dies hauptsächlich den Landkreis betrifft, aber zumindest auf die Kreisumlage hätte dies positive Auswirkungen.

Zur Kreisumlage noch ein Wort: Wir begrüßen, dass der Landkreis den Hebesatz der Kreisumlage gegenüber dem letzten Jahr absenkt. Dies wirkt sich auf der zweiten Änderungsliste immerhin mit 600 000 € zu unseren Gunsten aus. Allerdings ist die Abgabe in absoluten Zahlen trotzdem höher als

2013, andererseits hat der Kämmerer für 2014 auch eine höhere Steuerkraftsumme und eine höhere Gewerbesteuerereinnahme als im Plan 2013 eingeplant.

Investitionen – oder das weiche Wasser bricht den Stein.

Zuweilen ist die Arbeit im Gemeinderat auch erfolgreich, allerdings braucht man dafür manchmal sehr viel Geduld. 2009 sprachen wir in unserer Haushaltsrede zum ersten Mal von der „Generalsanierung“ des Michelberg-Gymnasiums, mittlerweile ist das Wort in aller Munde. Damals hieß es noch, Haushaltsmittel für die Generalsanierung seien „weder im Haushaltsplan noch im Finanzplan erkennbar“. Ende 2013 sind wir sehr viel weiter. Der Architekt arbeitet an den Details der Planung, an der Südwestfassade wird z.Z. ein Probeabschnitt der Glasfassade gebaut. Was uns bei dem Projekt überzeugt hat, ist die enge Zusammenarbeit von Planer, Hochbauamt und Betroffenen. Herausgekommen ist eine bauliche, energetisch und - wenn man so will - „pädagogische Sanierung“. Ein Schulhaus mit neuem Schulkonzept, neuen Unterrichtskonzepten und dem dazu passenden Raumprogramm, das sogar überschüssige Energie an Michelberghalle und Realschule liefern kann. Zuweilen trägt die Arbeit im Gemeinderat schöne Früchte.

Allein das Migy und die DSR benötigen für ihre Sanierung insgesamt 16 -17 Mio €. Wir müssen und wollen uns das leisten - können es uns aber nur leisten durch die hohen Einnahmen in den vergangenen Jahren, durch prognostizierte hohe Einnahmen in den künftigen Jahren, durch niedrige Zinssätze bei den Krediten und natürlich durch Zuschüsse des Landes.

Die meisten Investitionen im HHPI 2014 sind schon letztes bzw. vorletztes Jahr auf den Weg gebracht und sind in ihrer Dimension so groß, dass andere zurückgestellt bzw. verschoben werden müssen und hoffentlich nicht dem „Finanzierungsvorbehalt“ (auch ein Anwärter auf das Wort des Jahres) zum Opfer fallen.

Wir begrüßen, dass die Stadt bei der Sporthalle Aufhausen von einer PPP- bzw. Mietlösung Abstand genommen hat und in Erwägung zieht, die Halle mit Unterstützung des Fördervereins selbst zu bauen und zu finanzieren. Wir begrüßen auch, dass im jetzigen Haushalt eine Planungsrate von 50 000 € eingestellt wird, um das zu prüfen und das Bebauungsplanverfahren einzuleiten. Hoffnung für die Aufhausener in Bezug auf das schnelle Internet könnte eine Stelle im Koalitionsvertrag bedeuten. Darin steht, dass dieses bis 2018 flächendeckend verwirklicht werden soll. Wir hoffen mit ihnen. Für uns ist das schnelle Internet ein Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge – nicht der Überwachung.

Hier ein Einschub aus dem Koalitionsvertrag der Groko. Aus unserer Sicht ein wichtiger Punkt: In der Koalitionsvereinbarung erkennen die Parteien CDU/CSU und die SPD an, dass insbesondere die Daseinsvorsorge auf regionaler und kommunaler Ebene, z. B. die Wasserversorgung, zum „Kernbestand staatlicher Aufgaben“ gehören. (S. 164).

Getreu unserem Grundsatz der Sparsamkeit, wir machen da etwas, wo es einen Zuschuss gibt, ist es auch sinnvoll jetzt die Restaurierung der Siechenkapelle fortzusetzen. Dass die Bemühungen von Stadt und Kunst- und Geschichtsverein erfolgreich waren, zeigt auch, dass die Siechenkapelle in weitem Umkreis eine wichtige kunsthistorische Bedeutung hat.

Rathaus und Alter Zoll liegen im Sanierungsgebiet Altstadtrand, auch dafür gibt es Zuschüsse. Vielleicht könnten wir in diesem Zusammenhang noch einmal überlegen, ob im Alten Zoll in den freien Räumen im Erdgeschoss ein geeigneter Platz für ein Bürger- und Tourismusbüro für das „Helfensteiner Land“ wäre. Uns gefällt der Gedanke gut.

Wir beantragen in diesem Zusammenhang einen Bericht über die Entwicklung des Tourismus in der Stadt und der laufenden Projekte, z.B. das Projekt Route der Industriekultur im Filstal.

Ein schöner Erfolg ist uns mit der Umwandlung der Tälesbahntrasse in einen Altenstadt und die Obere Stadt, das Eybtal und das Obere Filstal verbindenden Rad- und Fußweg gelungen. Diese Verbindung verbessert und verkürzt für die Nutzer und Nutzerinnen die Wege und erschließt neue Möglichkeiten. Wir hoffen, dass der 2. Bauabschnitt im kommenden Jahr schnell verwirklicht werden kann und auch der dritte Bauabschnitt nicht lange auf sich warten lässt. Dann sind wir oben am Bahnhof mit den Fahrrädern angekommen und was dann – wie und wo stell ich mein Fahrrad sicher ab. Hier besteht auch im Namen der Berufspendler schon seit langem Handlungsbedarf.

Eine problematische und gefährliche Stelle für Radfahrer (vor allem auch Schülerinnen und Schüler) ist weiterhin die Kreuzung Stuttgarter-, Rheinland-, Oberböhringerstraße. Wir sehen ein, dass eine Lösung des Problems nicht einfach und vielleicht auch nicht billig sein wird.

Wir beantragen trotzdem, dass Überlegungen zur Entschärfung der Situation angestellt werden. Vielleicht gibt es ja auch dafür Zuschüsse?

Schulden

Insgesamt haben wir einen Anstieg der Schulden im Jahr 2014 von 9,7 Mio auf 14 Mio im Kernhaushalt und von 49,7 Mio auf 52,8 Mio € (Kämmereiverwaltung + Eigenbetriebe). Damit schaffen wir bei der pro Kopfverschuldung von 537,71 € (1988,75 € K+E) gegenüber 365,75 € in 2013 (1876,77 K+E) den Sprung aus der durchschnittlichen Kategorie in die Kategorie „hohe Verschuldung“. Tritt die Prognose des Finanzplans bis 2017 ein, steigen wir sogar in die Kategorie „sehr hohe Schulden“ auf und liegen damit über dem sogenannten „Schuldenbauch“ von 1998. Laut statistischem Landesamt liegt die Kommunale Pro-Kopf-Verschuldung in BaWü bei 926 € (K+E), am 2011 in Städten mit 20.000 bis 50.000 Einwohner (ohne Eigenbetriebe) bei 470 Euro pro Einwohner. Nicht nur deshalb müssen wir uns auch weiterhin Gedanken über die Entwicklung des Fünftälerbades machen. Wir finden es schön, dass unser Antrag auf eine Saisonkarte zu einem günstigen Preis für Kinder, Jugendliche und bedürftige Personen beschlossen wurde. Auch die

Kooperation mit Bad Überkingen begrüßen wir. Man sollte nichts unversucht lassen. Allein dieses Defizit trägt jedoch zur jährlichen Pro-Kopf-Verschuldung ca. 55 € bei.

Deshalb müssen wir am Ball bleiben und über die Jahresabrechnung des 5TB zeitnah beraten. Dies erheben wir zum Antrag.

Ein Zitat von Kämmerer Pawlak: „Wir hören immer, dass wir zukünftige Generationen nicht mit den Folgen unserer Schuldaufnahmen belasten dürfen; das ist nur bedingt richtig. Ein Generationenvertrag bedeutet auch, dass die Generation, die eine Einrichtung nutzt, diese mitfinanzieren soll. Wenn wir die dafür notwendigen Investitionen über Kredite finanzieren, haben die künftigen Nutzer die Zins- und Tilgungslast zu tragen. Ich kann an dieser Situation daher nichts Verwerfliches erkennen.“. Hier können wir Bernd Pawlak nur zustimmen, so die Schulen ein gewisses Maß nicht überschreiten. Es stellt sich hier die Frage, ob eine rigide Schuldenbremse letztendlich die Entwicklung von Kommunen und die Zukunft der jüngeren Generationen bremst. Diejenigen, die immer den Spruch vom Verspielen der Zukunft der jungen Generation in jedes Mikrofon schreien, sind meistens die mit dem dicken Geldbeutel. Es stellt sich letztlich die Frage, wie sollen die Defizite in der Infrastruktur der Kommunen, im Bildungsbereich usw. beseitigt werden, wenn einerseits keine Schulden mehr gemacht werden dürfen und andererseits aber auf Steuererhöhungen bei den Spitzenverdiener verzichtet wird. Die Höhe der Steuern sagt noch nichts über Wohlstand, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit aus. Im Übrigen wird immer wieder festgestellt, dass in den Ländern mit den höchsten Abgaben, vor allem den skandinavischen, die Zufriedenheit der Bevölkerung in regelmäßigen Umfragen immer wieder am höchsten ist. D.h. eine gute Infrastruktur, ein gutes Bildungssystem und gute soziale Absicherung steigert die Lebenszufriedenheit.

Bildung und Schule

Auch hier ein Zitat von Christian Friedrich Daniel Schubart aus seinen Schuldiktaten in denen er ja zuweilen drastisch formulierte und die Wortwahl nicht mehr dem heutigen Stand der pädagogischen Forschung entspricht. Aber er trifft den Kern. „Mein lieber Schüler“, fünf Gründe warum man die Schule versäumen kann. „...*Je ärmer man ist, je mehr sollte man eigentlich lernen. Der Reiche kommt durch sein Geld fort, aber durch was sollen dann die Armen fortkommen? Ist es nicht ein Jammer, wann man einen armen Knaben sieht, der weder lesen noch schreiben und kaum das Vaterunser recht beten kann und dem der Hunger und die Dummheit zugleich aus denen Augen herausieht? Verachtet von jedermann, verschmäht und verworfen muß er sein Brot vor der Tür suchen, und wann ihn Krankheit und Alter drückt, noch froh sein, wann er als ein Scheusal mit Bettelfahren im Lande herumgefahren wird und wie ein armer Sünder sein Leben auf einem Karren*

endigen kann. O meine lieben Kinder, Gott bewahre euch vor Armut, aber noch weit mehr vor Dummheit.“ Eine deutliche Aussage – wir müssen alle fördern und mitnehmen.

Nicht erst seit Grün-Rot im Land – aber seither verstärkt – befindet sich das Schulsystem nicht nur in Baden-Württemberg im Umbruch. Dabei gaben die Beschlüsse von Grün-Rot den Veränderungen nur den letzten Schub. Die Demografie schlug schon vorher zu und forderte eine organisatorische und inhaltliche Veränderung der Schullandschaft, die lange verschlafen wurde, geradezu heraus. Schulamtsdirektor Polzer beschrieb es auf einer Veranstaltung der Göppinger SPD zur regionalen Schulentwicklung sinngemäß so: Die Entwicklung der Schülerzahlen führe letztendlich zwangsläufig dazu, dass man neue Wege suchen müsse, um auch in Zukunft leistungsstarke Schulen vor Ort anbieten zu können. Die Aufhebung der verbindlichen Grundschulempfehlung habe diesen Prozess nur beschleunigt. Deshalb sei der Prozess seiner Meinung nach auch bei einem Regierungswechsel im Kern nicht umkehrbar. Landeshandwerkspräsident Möhrle vertrat die Auffassung, dass das Modell der Gemeinschaftsschule als Angebot an alle allgemeinbildenden Schulen zu verstehen sei. Wolfgang Amann betonte in seiner Haushaltsrede „*dass wir unsere Investitionsschwerpunkte in der Vergangenheit und mit diesem Haushalt richtig gesetzt haben und erneut richtig setzen – nämlich in Bildung und Betreuung.*“ Investitionsschwerpunkte in diesem Bereich zu setzen ist richtig. Wir hier im Gremium wissen aber genau wie schwer es in manchen Sitzungen war, die Mehrheit – und auch den OB – von neuen Innovationen im Schulsystem zu überzeugen. Oft waren die Mehrheiten sehr knapp. Nichts desto trotz haben wir in Geislingen schon einiges in der Schulentwicklung umgesetzt und uns mit dem Start der GMS, der Ausweitung des Ganztagesangebots in nahezu allen Geislinger Schulen unter städtischer Trägerschaft den neuen Herausforderungen und Anforderungen einer modernen und innovativen Bildungspolitik gestellt. Mit den beiden Realschulen haben wir jetzt in fast allen Schulen in Geislingen – zumindest unter städtischer Trägerschaft – ein Ganztagesangebot.

Seit dem diesjährigen Herbst ist die Gemeinschaftsschule am Tegelberg gestartet. Die Nachfrage danach übertraf die Erwartungen, so dass sie stabil zweizügig ist. In ihr und den zwei verbliebenen GHWRS ist seit anderthalb Jahren eine Schulsozialarbeit installiert.

Zwei Anfragen zu diesem Bereich: 1. Wie hoch sind die Kosten der Ganztagesesschulen für die Stadt? Wie sieht die Personalstruktur der Ganztagesbetreuung aus? 2. Warum unterscheiden sich die Personalkosten und Personalkostenzuschüsse für die Schulsozialarbeit in der Lindenschule und in der Tegelbergschule?

Ein weiterer Schritt im Prozess der sich verändernden Schullandschaft und der veränderten Rolle der Schulträger war die Einsetzung eines Beirats für Schulentwicklung, den wir als SPD-Fraktion schon in einem Antrag im Jahr 2012 gefordert hatten. Dies ist notwendig, da die Veränderungen in der Schullandschaft einer Steuerung bedürfen. Seit Januar arbeitet dieser Beirat unter Leitung eines

kompetenten Moderators. Was uns als SPD-Fraktion noch fehlt ist die Einbeziehung von Vertretern des Schüler- und der Lehrerschaft als den Hauptbetroffenen.

Die beiden verbliebenen GHWRS sind ab Klasse 5 nicht mehr so stabil, die Rolle der Realschulen verändert sich. Deshalb begrüßen wir den Auftrag dieses Beirats an die Schulleitungen, mit ihren Kollegien und Schulgremien über ihre gemeinsame Weiterentwicklung und Kooperationsmöglichkeiten zu diskutieren. Im oben zitierten Vortrag von Schulamtsdirektor Polzer bedürfen unter anderem, gerade diese Fragen der Klärung. Wichtig für uns als Schulträger ist noch, wie die Inklusion vor Ort umgesetzt wird und wie die Steuerung des Bildungswesens durch das Land und die Schulträger in Zukunft aussieht? Ein weites Feld!

Zu einem Punkt möchte ich noch gesondert Stellung nehmen. Der Frage der **Inklusion**. Im Dezember 2006 hat die Generalversammlung der UNO das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung verabschiedet. Ziel ist es, das Menschenrecht auf Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen in den Alltag umzusetzen. Uns fällt dabei sofort das Thema barrierefreier Bahnhof, barrierefreies Wohnen und Einkaufen, Integration in den Arbeitsprozess usw. ein. Im Übrigen hat der OR Türkheim den Einbau eines Aufzugs im Gemeinschaftshaus beantragt. Dies macht in diesem Zusammenhang Sinn.

Unsere Anfragen: Wie hoch wären die Kosten für den Einbau und gibt es dafür Zuschüsse? Wie sieht der Sachstand zum Thema barrierefreier Bahnhof aktuell aus?

Die größte Herausforderung pädagogisch wie sächlich ist aber die Inklusion an Schulen. Auf Grund der Behindertenrechtscharta setzte 2009 der damalige Kultusminister Rau die Pflicht zum Besuch von Sonderschulen außer Kraft, ohne dass das Schulgesetz seither geändert wurde. Trotzdem haben sich inzwischen viele Schulen auf den inklusiven Weg gemacht. Anträge von Eltern auf Inklusion werden seltenst abgelehnt. Von 150 Schülern der Pestalozzischule werden ungefähr 65 in Regelschulen mit Unterstützung durch Sonderschullehrer unterrichtet. Leider konnten sich bisher die Vertreter der Schulträger und der Landesregierung noch nicht auf Finanzierungsmodalitäten einigen. Wir halten hier fest: Die Inklusion in der Schule ist vor allem Aufgabe von Bund und Land. Sie ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche, deshalb müssen auch die Schulträger ihren Part leisten, wie bei jedem anderen Schüler auch. Wir als Kommune können uns diesem Thema nicht entziehen. Unserem Wissen nach werden die sächlichen Kosten der Inklusion im Moment vor allem aus den bestehenden Schulbudgets getragen.

Wir möchten deshalb wissen, inwieweit in den letzten zwei Jahren für die Stadt zusätzliche Kosten entstanden sind?

Für die Stadt hat sich im Schulbereich in den letzten Jahren einiges verändert, dies zeigt die Zunahme der Stellen bei den Schulen von 10,52 2012 auf geplante 14,44 in 2014.

Hinzu kommt die Entwicklung bei der **Kinderbetreuung**. Dass wir beim Ausbau der Kinderkrippen und des Ü-3-Angebotes unsere Hausaufgaben gemacht haben, lässt sich auch an der Stellenentwicklung im Fachbereich 5 ablesen. Von 2012 bis 2014 sollen sich die Stellen von 36,75 auf 51,20 steigern.

Nimmt man Schulbereich und Kinderbetreuung zusammen kommt man auf eine Zunahme von 18,37 Personalstellen und einer Steigerung des Budgets um 1 Mio € seit 2012. Dies ist sicherlich notwendig und es stehen auch stark gestiegene Zuschüsse vom Land für die Kinderbetreuung gegenüber (ca. 1,8 Mio €). Es fällt jedoch auf, dass im Verwaltungsbereich des FB 5 die Stellen leicht gesunken sind.

Frage: Wie stark hat die Arbeitsintensität im Kernverwaltungsbereich des FB 5 zugenommen und können die gestiegenen Anforderung mit vorhandenem Personal bewältigt werden?

Mit der Fertigstellung des 2. Bauabschnitts des Kinderhauses in der Hinteren Siedlung sehen wir bei der Ü 3-Betreuung, zumindest vorübergehend, das Ende der Fahnenstange. Im Ausblick kommt auf uns noch die Finanzierung des Neubaus der katholischen Kirchen für die Kinderbetreuung zu.

Anfrage: Welche Auswirkung hat die geplante Auflösung des Kindergartens Friedenstraße auf die Kindertagesstättenbedarfsplanung?

In der **Kinder- und Jugendarbeit** begrüßen wir die neulich vorgestellte Konzeption zur Kinder- und Jugendarbeit in Geislingen, mit der sich die SozialarbeiterInnen im Auftrag der Stadt aber bei unterschiedlichen Trägern sich jetzt eine gemeinsame Grundlage für ihre Arbeit und Zusammenarbeit erstellt haben.

Unsere **kulturellen Einrichtungen** wie **Stadtbücherei** und **Musikschule** sind schon seit Jahren auf einem guten Weg, dem wird, und davon sind wir überzeugt, auch die **VHS** unter der Leitung der neuen Doppelspitze folgen. Von unserer Seite ein dickes Lob. Die Musikschule mit ihren verschiedenen Bands und Gruppen ist schon seit langem ein Aushängeschild für unsere Stadt, vielfältig sind die Kooperationen und Innovationen der Stadtbücherei. Bedanken möchten wir uns auch bei deren Fördervereinen und dem Beirat der VHS.

Stadtentwicklung

„Geislingen wirkt als Magnet“, stand im September in der Geislinger Zeitung. Darin wird aus einer Studie der IHK Region Stuttgart über die Kaufkraftbindung der Städte der Region zitiert. Vor Stuttgart steht hier Geislingen(sic!) auf dem zweiten Platz, obwohl die Kaufkraft der Geislinger selbst unterdurchschnittlich ist. Ursächlich dafür ist vor allem die Entwicklung der Fabrikverkäufe in der WMF. Wir können allerdings noch nicht feststellen, dass dies auch Auswirkungen auf die Geschäftslagen der Oberen Stadt und der Fußgängerzone hat. Nach dem Verlust des Ankermieters

im Sonnecenter und angesichts weiterer Leerstände scheint hier eine Belebung dringend geboten. Ideen für eine Verbesserung zu entwickeln ist sicher nicht einfach. Aber wir dürfen uns vor dieser Aufgabe nicht drücken. Wie schaffen wir eine Anbindung der Oberen Stadt an die Fabrikverkäufe?

Ein dickes Lob unserer Fraktion an alle Beteiligten für die Durchführung des diesjährigen Pferdemarktes und des Weihnachtsmarktes. Es war richtig beide Märkte in städtische Regie zu übernehmen. Durch die Verkleinerung und die zeitliche Verkürzung hat der Weihnachtsmarkt nur gewonnen. Lieber klein und schnuckelig, als weitläufig mit vielen Löchern. Auch das Programm konnte sich sehen lassen.

Sorgen machen uns allerdings die Wochenmärkte. Ist der Wochenmarkt in der oberen Stadt wenigsten bei schönem Wetter noch gut belebt, ist das Ausdünnen des Altenstädter Marktes nicht zu übersehen. Aber auch in der Fußgängerzone gab es schon mehr Marktstände. Zur Gebührendiskussion: Manche Städte verlangen keine Gebühren.

Antrag: Wir sollten uns über die Wochenmärkte und damit auch über die Marktgebühren austauschen. Dienen der Versorgung der Wohnbevölkerung oder soll sie auch eine „touristische Attraktion“ (Magnet) für Geislingen und Altstadt sein?

In diesem Zusammenhang sollten wir auch die Gebühren für Außenbewirtschaftungsanlagen überprüfen.

Unsere Geislinger Wohnungsbaugesellschaft,

die GSW, hat sich in den vergangenen Jahren hervorragend entwickelt. Das verdanken wir der engagierten Geschäftsleitung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Aufsichtsrat, die mit Augenmaß Renovierungen und Modernisierungen im Wohnungsbestand vorantreiben. Wir begrüßen es, dass die GSW die Chance der günstigen Kredite wahrnimmt und Zug um Zug ihre Gebäudesubstanz baulich und energetisch auf den neuesten Stand bringt.

Asylbewerber

Mit einem Brief nahmen die Fraktionsvorsitzenden im Namen des GR zur geplanten Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen Martin-Luther-Haus Stellung. Ziel der Kritik waren nicht die Asylbewerber, sondern die geplante massierte Unterbringung einer erheblichen Anzahl von Menschen an einem Standort. Jetzt werden sie dezentraler untergebracht. Auf der letzten Sitzung des Integrationsrats gemeinsam mit der Ortsgruppe von Amnesty International berichtete Sozialdezernent Gramlich vom Landkreis über die aktuelle Lage. Bei weitem sind die Zahlen nicht mit den Zahlen in den 90er Jahren vergleichbar. Positiv bei dieser Sitzung war die erklärte Bereitschaft vieler BürgerInnen aus Geislingen und Umgebung, sich zur ehrenamtlichen Betreuung in einem "Freundeskreis Asyl" zusammen zu finden. Ein weiterer Punkt wurde dabei angesprochen: Je nach Zusammensetzung der Asylbewerber sind voraussichtlich auch Kinder dabei, die meist ohne

deutsche Sprachkenntnisse an unsere Schulen kommen. Die Vorbereitungsklassen sind überfüllt. Es wird schwierig werden, dafür kurzfristig Lehrerstunden zu bekommen.

Deshalb unser Antrag: Die Stadt möge mit Landkreis und Schulamt Kontakt aufnehmen, um für dieses Problem zeitnah eine Lösung zu finden.

Die mutigen Frauen von Altenstadt

Im Sommer dieses Jahres druckte die GZ den Bericht von Georg Maurer über „Die mutigen Frauen von Altenstadt“ ab. Beim Einmarsch der Amerikaner räumten die Altenstädterinnen die Panzersperren und Barrikaden mehrfach weg und verhinderten dadurch den Beschuss durch die Amerikaner und damit die Zerstörung Altenstadts. Die namentlich genannten Frauen erhielten nie die ausgefertigten Dankurkunden der Stadt Geislingen. Bis heute schlummern sie im Stadtarchiv und warten auf ihre Übergabe.

Wir greifen den Vorschlag von Stadtarchivar H. Gruber auf und beantragen, dass die mutigen Frauen in einer würdigen Feierstunde geehrt werden. Ihren Familien, Kindern und Enkeln sollen die Urkunden überreicht werden. Außerdem beantragen wir, dass in Altenstadt am historischen Ort eine Gedenktafel angebracht werden soll, die an diese mutige Tat erinnert.

Wir bedanken uns noch einmal bei allen ehrenamtlich Engagierten in der Stadt, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, in Kindergärten, Jugendhäusern und Schulen. Insbesondere bedanke ich mich bei Herrn Pawlak und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für sein immer wieder lehrreiches Werk jedes Jahr. Bei meinen Gemeinderatskolleginnen und –kollegen, dem OB, seinen Fachbereichsleitern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanke ich mich für die kollegiale Zusammenarbeit.

Ihnen allen einen erfolgreichen Wahlkampf für nächstes Jahr zu wünschen, wäre sicher stark geheuchelt, einen fairen, intensiven Wahlkampf mit genügend Kandidaten und vor allem Kandidatinnen jedoch allemal und natürlich eine hohe Wahlbeteiligung. Die vielen Wahlen werden den ehrenamtlichen Helfern nächstes Jahr einiges abverlangen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen eine schöne, erholsame Weihnachtszeit, einen guten Rutsch ins neue Jahr und ein Wiedersehen beim Neujahrsempfang der SPD Geislingen am 09.01.2014, zu dem sie alle recht herzlich eingeladen sind und der Europaminister der Landesregierung Peter Friedrich sprechen wird.

Thomas Reiff (stellv. Fraktionsvorsitzender)